

## Anfrage

der Abgeordneten Julia Herr,

Genossinnen und Genossen

an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie  
betreffend Task Force Ökosoziale Steuerreform auf Eis gelegt?

Am 19. Februar 2020 hat die Bundesregierung die Einsetzung einer „Task Force Ökosoziale Steuerreform“ beschlossen, die im Sommer 2020 eine „detaillierte Präsentation der ersten Maßnahmen“ vorlegen sollte. Dazu ist es bekanntermaßen nicht gekommen.

In der Anfragebeantwortung 4026/AB führten Sie zur nach wie vor ausstehenden Liste klimaschädlicher Subventionen nun aus:

*„Der interministerielle Prozess zur Identifikation und dem stufenweisen Abbau kontraproduktiver Anreize und Subventionen wird unter der Leitung des BMF und im Einvernehmen mit relevanten Bundesministerien geführt. Bis zur Fortsetzung [Hervorhebung durch die Fragestellerin] dieses Prozesses wird das BMK an jenen Sektoren weiterarbeiten, die im eigenen Zuständigkeitsbereich liegen, und entsprechende umweltschädliche Förderungen identifizieren.“*

Offenbar dürfte die Arbeit der Task Force unter Leitung des BMF derzeit also ruhen. Von der bereits für 2020 angekündigten ersten Etappe der „Ökosozialen“ Steuerreform wurden ebenso erst Bruchteile umgesetzt, deren Auswirkungen auf die Treibhausgasemissionen noch dazu völlig unklar bleiben.

Im Ministerratsbeschluss vom 19.2.2020 wird die Notwendigkeit des Dialogs hervorgestrichen, damit *„die Ökologierungsmaßnahmen von einem breiten, nationalen Konsens getragen werden“*.

Die bisherige Vorgangsweise der Regierungsparteien, Maßnahmen als Initiativanträge ohne Wirkungsfolgenabschätzung und binnen kurzer Frist durch den Nationalrat zu peitschen, lassen jedoch an dieser Absichtserklärung zweifeln.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### ANFRAGE

1. Ist es zutreffend, dass die Arbeiten der Task Force unter Leitung des BMF derzeit ruhen und erst wieder fortgesetzt werden müssen?
  - a. Wenn ja, warum arbeitet die Task Force derzeit nicht?
  - b. Wenn ja, inwiefern steht Ihr Ministerium mit dem BMF in Kontakt, um die Arbeit der Task Force ehes baldigst wieder aufzunehmen?
  - c. Wenn nein, wann hat die letzte Sitzung der Task Force stattgefunden?
  - d. Wann wird die nächste Sitzung der Task Force stattfinden?
2. Wie viele Sitzungen (physisch oder online) haben seit dem Ministerratsbeschluss stattgefunden?
  - a. Wer hat an den einzelnen Sitzungen teilgenommen?

3. Wie viele Sitzungen des Lenkungsausschusses haben seit dem Ministerratsbeschluss stattgefunden?
  - a. Wer hat an den einzelnen Sitzungen teilgenommen?
4. Welche konkreten Umsetzungsaufträge hat der Lenkungsausschuss der Task Force bislang erteilt?
5. Hat der im Ministerratsbeschluss skizzierte Dialog mit Parlamentsparteien, externen Expertinnen bzw. Experten, Interessenvertretungen und der Zivilgesellschaft in irgendeiner Form stattgefunden?
  - a. Wenn ja, wer wurde in diesen Dialog eingebunden?
  - b. Wenn nein, warum nicht und wann wird diese Einbindung erfolgen?
  - c. Welche Interessenvertretungen werden von der Task Force eingebunden?
  - d. Werden Sie eine ausreichende Begutachtungsfrist für die folgenden Gesetzesvorhaben sicherstellen?
6. Welche Personen in Ihrem Kabinett sind mit der Task Force befasst?
7. Bis wann ist mit einer Präsentation von Maßnahmen zu rechnen?
8. Teil der Maßnahmen soll auch die Vorlage der Liste „klimakontraproduktiver Anreize und Subventionen“ sein. In oben genannter Anfrage halten Sie fest, dass Ihr Ministerium an jenen Sektoren weiterarbeiten wird, die in Ihrem Bereich liegen. Um welche Bereiche handelt es sich konkret?
  - a. Wann werden Ergebnisse dazu einsehbar sein?
9. Gegenüber der Tageszeitung Der Standard behauptete ein Sprecherin Ihres Ministeriums am 23. September 2020, dass der Prozess zur Erstellung der Liste „klimakontraproduktiver Anreize und Subventionen“ wieder „mit Leben erfüllt“ werden soll. Was ist seit dem 23. September geschehen, um den Prozess mit Leben zu erfüllen?
  - a. Was ist der aktuelle Stand?
10. Wird die gesamte Liste auch „Kompensationsmechanismen“ enthalten, „um soziale oder auch wirtschaftliche Härten durch den Wegfall der Subvention abzufedern“, wie es das WIFO in seiner Studie auf 2016 fordert?
  - a. Wenn nein, werden solchen Kompensationsmechanismen noch erarbeitet, bevor es zu Änderungen kommt?
11. Im Ministerratsbeschluss wird auch eine „soziale Abfederung“ von Maßnahmen angesprochen, wie soll diese erfolgen?
  - a. Auf welche Expertise greifen Sie bei der Ausgestaltung der „sozialen Abfederung“ zurück?
  - b. Wird dabei das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz eingebunden?
12. Werden die von der Task Force präsentierten Maßnahmenvorschläge eine umfangreiche Wirkungsfolgenabschätzung umfassen, die sowohl das konkrete Emissionsreduktionspotential beinhaltet, wie auch soziale und wirtschaftliche Folgen?

13. Die CO<sub>2</sub>-Besteuerung geht von einer Lenkungswirkung durch die (ausreichende) Bepreisung von CO<sub>2</sub>-Emissionen aus. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die CO<sub>2</sub>-Bepreisung nicht auch Bereiche erfasst, in denen es keine Lenkungswirkung gibt (etwa, weil ein/e Mieter/in keinen Einfluss auf das eingebaute Heizsystem nehmen kann)?



Wolfgang Dreier



